

## Finanzen der Landgemeinden.

Vorstandtagung des Deutschen Landgemeindetags. — Finanzreform und Arbeitslosenversicherung.

Der Hauptvorstand des Deutschen Landgemeindetags trat in Unterteutschenthal im Mansfelder Kreis zu einer Sitzung zusammen, um sich über die finanzielle Lage der Landgemeinden auszusprechen. Dr. Gereke erinnerte an die letzten Mahnungen der Reichsregierung, sparsam zu wirtschaften, und bemerkte dazu, daß wohl die großen Städte Ersparnismöglichkeiten hätten, nicht aber die 60 000 deutschen Landgemeinden und ebenso nicht die kleineren Städte.

"Die Landgemeinden," so fuhr Redner fort, "sind stets über den Ernst der Finanzlage klar gewesen. Sie müssen aber erwarten, daß die Besteuerung der Reichssteuern im Sinne eines sozialen Lastenausgleichs erfolgt. Das von Großgemeinden, soweit sie nicht reine Arbeitserwaltungsgemeinden sind, immer wieder geforderte Ausflugsrecht zur Einkommen- und Körperverfassungssteuer als beweglicher Faktor für die Einnahmeseite des Staats muß als mit dem Gedanken eines sozial gerechten Lastenausgleichs unvereinbar abgelehnt werden. Gerade die leistungsfähigsten Gemeinden, in denen die zwangsläufigen sozialen Ausgaben, besonders ein besonder hohes Prozentsatz ausmachen, würden hierdurch dem finanziellen Ruhm preisgegeben sein."

Die ohne Verschulden der Gemeinden ständig wachsenden zwangsläufigen sozialen Ausgaben, besonders bei der Krisenfürsorge und den ausgesteuerten Gewerbeabgaben können von den Gemeinden auf die Dauer nicht allein getragen werden. Es erscheint notwendig, daß zunächst beschleunigt das eine Fünftel der Krisenfürsorge, welches die Gemeinden zu tragen haben, ihnen zu Lasten der Reichsbaustalt abgenommen wird.

Darüber hinaus muß der Gedanke ernsthaft erwogen werden, ob nicht ein Teil der zwangsläufigen Ausgaben für die ausgesteuerten Gewerbeabgaben aus das Reich übernommen werden soll, selbst wenn diese Übernahme seitens des Reiches oder der Reichsbaustalt sich nur bei geringer Kürzung der Reichssteueranteile für Länder und Gemeinden durchführen ließ."

Zum übrigen befürwortete Redner noch die Berücksichtigung der Einwohner- und der Kinderzahl als besten Gradmesser für soziale und kulturelle Lasten. Der Vorstand billigte die Ausführungen und beschloß, da seiner nächsten Sitzung positive Vorschläge auszuarbeiten.

## Schiedsgericht an der Grenze.

Grenzen-Konsult bereits durch eine gemischte Kommission untersucht. — Ein Spionagefall als Hintergrund?

— Marienwerder, 29. Mai.

In weiteren Verfolg der Untersuchung des deutsch-polnischen Grenzschwischenfalls bei Neuhösen, der einem polnischen Grenzbeamten das Leben gekostet hat, weilt nunmehr eine deutsch-polnische Untersuchungskommission am "Tatort". Deutschland war in dieser Kommission durch Dr. Lukasch, den Präsidenten der Provinz Oberschlesien, sowie durch den Landrat des Grenzkreises Marienwerder vertreten. Von polnischer Seite gehörte der Kommission der aus polnischen Prozessen bekannte Untersuchungsrichter Dr. Lüxenburg-Warschau und der Starost des Grenzkreises Mewe an.

Mit Rücksicht auf die Arbeiten der Kommission wurde von amtlicher deutscher Seite ein weiteres Eingehen auf den Zwischenfall zunächst abgelehnt. Vor privater Seite wurden jedoch Meldungen verbreitet nach denen ein Spionagefall den Hintergrund des Zwischenfalls bildete.

Danach haben die beiden polnischen Grenzbeamten deutsche Beamte „bearbeitet“, um von ihnen gewisse Dokumente herauszubekommen, auch sollen sie den deutschen Beamten Geld als Belohnung versprochen haben. Angefecht der überaus lebhaften polnischen Spionage an der deutschen Grenze soll ein deutscher Beamter zum Schein auf das polnische Angebot eingegangen und die Polen in die Pakontrollbaracke bestellt haben. Als nun die Polen in nächtlicher Stunde in der Baracke eintrafen, um den Dokumentensaft abzufüllen, sollten sie verhaftet werden. Als Antwort darauf sollen dann die Polen auf die deutschen Beamten geschossen haben.

Nicht genug damit, bewaffnet in die deutsche Station gekommen zu sein, hatten die polnischen Beamten an der Grenze aber auch noch eine etwa 30 Mann starke Abteilung zur Bedeutung zurückgelassen, die nun, als in der Grenzstation die Pistolen brachten, auf deutsches Gebiet übertrat und vom Schlagbaum aus ein heftiges Karabinerfeuer gegen die deutsche Station richtete! Die deutschen Beamten sahen sich, die Richtigkeit dieser Meldung vorangetrieben, zur Wehr, erwiderten das Feuer und brachten ihre Gefangen in Sicherheit.

## Polens Schuld.

Die Schuld für den Zwischenfall liegt also, auch wenn man diese neue Wendung in dem Neuhösen-Zwischenfall berücksichtigt, ganz klar auf Seiten des polnischen Beamten, die auf eigene Faust Politik machen und Erfolge erzielen wollten. Dazu dann aber, als sie hineingefallen waren, eine bewaffnete polnische Abteilung deutsches Gebiet betrat und vom Schlagbaum aus die deutsche Grenzstation unter Feuer nahm, stellt eine außerordentlich schwere Grenzverletzung dar.

Man muß deshalb die Hoffnung aussprechen, daß der Konflikt von Neuhösen endlich die polnische Regierung veranlaßt, ihre Beamten zu einer stärkeren Respektierung der deutschen Grenzlinie aufzufordern. Dabei wird es gut sein, wenn man auf die Tätigkeit des aus dem Illizi-Prozeß bekannten Kapitäns Czydon etwas härter kontrolliert, der jetzt in Danzig sitzt und mit einem ziemlich großen Agentenstab dauernd zur Beunruhigung der Grenzbevölkerung beiträgt.

## Entspannung in Indien.

Wieder normaler Verkehr.

In ganz Indien ist eine Entspannung der Lage festzustellen. In Bombay herrscht Ruhe, so daß die Truppen aus dem Unruhegebiet zurückgezogen wer-

den konnten. Auch der Verkehr ist fast überall wieder normal und die Geschäfte sind geöffnet worden. In Lucknow herrscht gleichfalls Ruhe. In Dacca hat die Polizei einen Stadtteil nach Waffen durchsucht.

In Rangoon ist es noch zu kleinen Zusammenstößen gekommen. Die Zahl der Toten wird amtlich mit 63, die der Verletzten mit 716 angegeben. Man glaubt aber, daß die Zahlen tatsächlich höher sind, da die Behörden keine vollständige Kontrolle über die Öffner haben konnten. Die Polizei wird auch weiterhin durch Militär verstärkt, die Geschäfte sind nach wie vor geschlossen, so daß sich in der Stadt Nahrungsmittelknappheit bemerkbar macht. Während der letzten Unruhen ist kein Europäer getötet worden.

## Die Untersuchung in Neuhausen.

Berlin, 30. Mai.

Die zur Untersuchung des deutsch-polnischen Grenzschwischenfalls in Neuhausen eingeführte deutsch-polnische Kommission, bestehend aus dem Oberpräsidenten für Oberschlesien Dr. Lukasch und dem Landrat des Kreises Marienwerder, Ullmer, sowie dem Präsidenten beim Warschauer Appellationsgerichtshof, Dr. Lüxenburg, und dem Starosten des Kreises Mewe, Weih, ist in Neuhausen zusammengetreten. Sie hat den Tatort besichtigt und den modus procedendi für die weiteren Verhandlungen festgelegt. Die notwendigen Zeugenerhebungen sind gestern vorgenommen worden. Über das Ergebnis der Untersuchung ist ein gemeinsames Protokoll in Aussicht genommen.

## Unregelmäßigkeiten beim Leipziger Universitätsrentamt

Das Universitätsrentamt um 80 000 RM geschädigt

Leipzig. Beim Leipziger Universitätsrentamt sind größere Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden, die einen Umlauf von nahezu 80 000 RM haben. Der verantwortliche Beamte ist der Staatsanwaltschaft angezeigt worden, ebenso ein Lieferant, der an den Unregelmäßigkeiten beteiligt ist.

Die Unregelmäßigkeiten sind nach der Darstellung eines Leipziger Blattes von einem Beamten, einem Oberregierungsschreiber, begangen worden, der schon viele Jahre im Leipziger Universitätsrentamt beschäftigt ist. Dieser Beamte stand amtlich in Verbindung mit einem Kohlenhändler, der größere Kohlsieferungen an das Universitätsrentamt ausführte. Der Kohlenhändler verstand es, den Oberregierungsschreiber zu überreden, ihm auf bestellte Kohlenmengen größere Barvhöfse zu geben. Diese Vorschüsse wurden dann dem Kohlenhändler bei der Begleichung seiner Rechnungen aber nicht abgezogen! Er erhielt die vollen Beträge, und der Oberregierungsschreiber traf auch keine Anstalten, die an den Lieferanten gezahlten Vorschüsse wieder zu erlangen. So sind nach und nach

### 84 Fälle zusammengekommen,

bei denen der Kohlenhändler Barvhöfse erhalten hat, ohne sie jemals zurückzuzahlen. Diese Unregelmäßigkeiten begannen bereits im Jahre 1924 und belaufen sich bis heute auf 79 500 RM. Nach den vorläufigen Feststellungen wird angenommen, daß der Oberregierungsschreiber keine finanziellen Vorteile durch diese Unregelmäßigkeiten, für die er allein die Schuld trägt, gehabt hat. Die Staatsanwaltschaft wird sich eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

## Demonstrationsverbot in Plauen

### Fünf Verleute bei Zusammenstößen

Plauen. Am 31. Mai und 1. Juni wird in Plauen der Tag der Nationalsozialisten stattfinden, bei dem mit starker Beteiligung gerechnet wird. Aus Neuerungen der kommunistischen Presse und von Sprechern in kommunistischen Versammlungen ging hervor, daß in diesen Kreisen die Absicht besteht, die geplante Verfammlung der Nationalsozialisten zu stören bzw. zu verhindern. Da sich dieses Vorhaben naturgemäß nur auf ungesetzliche oder gewaltsame Weise verwirklichen lassen darf, hat die Polizei wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit für den 31. Mai und 1. Juni im Stadtgebiet Plauen alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Doch hat sich die Polizei vorbehalten, Ausnahmen zu machen. So sind auf Ersuchen der Nationalsozialisten alle mit dem Bauzug in Zusammenhang stehenden Veranstaltungen gestattet worden.

Trotzdem erklärte in einer kommunistischen Versammlung ein Redner, daß die Kommunisten ohne Rücksicht auf das Verbot sich am Sonnabendabendmittag nach Beendigung der Arbeit an einem bestimmten Platz zu einer Wahlpropaganda treffen werden. Im Anschluß daran soll ein Demonstrationszug durch die Stadt ziehen.

Nach der kommunistischen Versammlung wurden bei wiederholten Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Delsnigerstraße drei Personen durch Wehrstürze verletzt und mußten dem Krankenhaus geführt werden. Die Täter befinden sich noch in Gewahrsam. Auf der Fürstenstraße wurde zwei Nationalsozialisten, ein Handlungshelfer und ein Fleischergeselle, von zwei kommunistischen Brüdern mit einem Dolchmesser bearbeitet. Der Handlungshelfer trug einen Stich in den Rücken und einen über dem Schultergelenk davon, während der Fleischergeselle in die linke Hüfte gestochen wurde. Das herbeigeführte Überfallkommando verhinderte weitere Ausschreitungen.

## Noch keine Spur des Jittauer Raubmörders

Jittau. Nach den Ermittlungen der Nordkommission wegen der Ermordung des Rentners Jahn hat der Täter den alten Mann mit einem Stück Hemde in den erbroselt, so daß ihm Blut aus Mund und Nase floß. Um das Blut abzuwaschen, hat er seinem Opfer, das um diese Zeit noch lebte, ein Küchenhandtuch über das Gesicht gebunden, ihm mit einer Schnur die Beine oberhalb der Knie und die Hände auf dem Rücken zusammengebunden, und den Sterbenden in eine Sofaecke gedrückt. Nach der Tat hat der Mörder die Wohnung nach Geld durchsucht und etwa 400 bis 500 RM erbeutet, aber Uhren, Ringe, Sparkassenbücher überliefert sind. Beim Aufziehen der Schubladen muß der Täter sehr geschickt zu Werke gegangen sein, denn die Kriminalpolizei konnte später an den polierten Möbeln keine Spuren entdecken. Es kann sich bei dem Täter nur um einen Menschen handeln, der mit den Verhältnissen des Jahn vertraut gewesen ist.

## Die Vorfälle am Ostermontag

Vom Leipziger Bürgerbund wird folgendes mitgeteilt: „Der sächsische Minister des Innern hat dem Ersten Vorsitzenden des Leipziger Bürgerbundes, Reichsrat Dr. Wunderlich, auf dessen Anfrage über die Vorgänge am Ostermontag unter dem 15. Mai eine Antwort zulassen, in der er ausführt, daß die eingehende Untersuchung über das Verhalten der Leipziger Polizei noch nicht abgeschlossen sei, da noch einzelne Widersprüche der Klärung bedürfen. So viel scheint jedoch festzustehen, daß die Maßnahmen der Polizei nicht allenfalls der tatsächlichen Lage und den Anforderungen entsprochen hätten, die das Ministerium stellen müsse. Das Schreiben bezeichnet sich ausdrücklich als Zwischenbericht und sichert zu, daß das Schlussergebnis der Erörterungen dem Bürgerschaftsbund mitgeteilt werden soll.“

## Sächsische Beamtentagung

Leipzig. Am Mittwoch und Donnerstag hielt die Gewerkschaft Sächsischer Staatsbeamten in Leipzig ihren 7. Vertretertag ab. Eine Reihe Vertreter der Staatsministerien, der städtischen Behörden nahmen daran teil. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Eichler, der sich gegen die Bestrebungen wandte, Sparmaßnahmen auf Kosten der Beamtenchaft vorzunehmen, betonte Ministerialrat Schulze, daß die Staatsregierung sich mit der Beamtenchaft besonders eng verbunden fühle und das Beamtentum unbedingt aufrecht erhalten wolle.

Das Hauptreferat hielt Minister A. D. Prof. Dr. Apelt über „Wert und Bedeutung des Berufsbeamten“ ab. Er führte aus, daß die Besonnenheit und Pflichttreue der Beamten 1918 das Chaos verhindert haben. Dieses Verdienst habe seine Anerkennung in den beamtenrechtlichen Bestimmungen der Verfassung gefunden, die bezwecken, das Berufsbeamtenamt auch im neuen Staat zu erhalten und seine Grundlagen verfassungsmäßig zu sichern. Trotzdem sei die Sicherung keineswegs endgültig. Auf Arbeitnehmerseite erkläre man im Berufsbeamtenamt ein Produkt des alten Staates, einen Fort der Tradition, der grundsätzlich dem neuen Staat feindlich gesinnt sei, und fordere deshalb eine Demokratisierung des Beamtenamts und damit eine Durchsetzung des Beamtenforts mit berufsfremden Elementen. Das Berufsbeamtenamt bilde jetzt ein unenbeschlebliches neutrales Gegengewicht gegen die Parteidiktatur des parlamentarischen Systems und gewährleiste die Stetigkeit der Executive. Da die sächsischen Verfassungen seien die Behörden neben Regelung und Landtag ausdrücklich als selbständige Träger der staatlichen Gewalt anerkannt. Freilich erfordere diese Aufgabe politische Autarkie des Beamtenamts. Das öffentlich-rechtliche Amtstellungsverhältnis sei zweifellos das best. System, um die sachliche Objektivität und Unabhängigkeit des Berufsbeamtenamts zu gewährleisten. Damit würden aber auch die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit deutlich. Bei der Frage Verwaltung reform müsse die Umstellung langsam und organisch erfolgen. Es müsse alles daran gelegt werden, um die Leistungsfähigkeit des Beamtenamts so hoch wie nur möglich zu entwickeln, namentlich durch Verbesserung der Ausbildung und der wissenschaftlichen Fortbildung, dann werde keine Verwaltung reform auf die Institution des Beamtenamts verzichten können.

Nach dem Referat sprach Gründert von der Leitung des Deutschen Beamtenbundes über die „Beamtenpolitische Lage“. Dann fand eine eingehende Ausprache statt. Ihr Ergebnis war die einstimmige Annahme folgender Entscheidung:

Eine wesentliche Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung der gesamten öffentlichen Verwaltung ist recht wohl möglich. Immer zwingender wird sie durch den Notstand des deutschen Volkes. Wenn dieser jetzt zwecks Senkung der Steuern und der fortlaufenden Ausgaben ein langfristiges Sparprogramm nötig macht, so gehört in dieses ganz sicher auch eine durchgreifende Verwaltungsreform. Diese wird sich zwar auf den gesamten Verwaltungsapparat auch mit dem Ziel einer Verringerung der Beamtenzahl zu erstrecken und auch die Verwaltungstätigkeit immer neuzeitlicher zu gestalten haben. Keineswegs darf sie aber das Berufsbeamtenamt belasten wollen. Das Wesentliche an ihm zu erhalten, ist auch in der Notzeit, und in dieser erst recht, eine staatspolitische Notwendigkeit. Eine Verschärfung der rechtlichen sozialen und wirtschaftlichen Stellung der deutschen Beamten in ihrer Gesamtheit wird durch den jetzigen Notstand nicht gerechtfertigt oder entshuldigt; sie würde diesen auch nicht beheben oder mindern. Die Gewerkschaft Sächsischer Staatsbeamten wendet sich deshalb mit Entschiedenheit gegen jede Maßnahme, die in Verbindung mit der Senkung der Steuern und der Ausgaben an der Grundlage des deutschen Berufsbeamtenamts rüttelt.“

Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Mit besonderem Beifall wurde die Wiederwahl des Ersten Vorsitzenden Eichler, Dresden, aufgenommen, der die Gewerkschaft seit ihrer Gründung leitet und sie zu ihrer jetzigen Bedeutung, die sich in dem Mitgliederstand von etwa 5500 Beamten kennzeichnet, emporgeführt hat. Als Tagungsort für die nächste Vertreterversammlung wurde Dresden bestimmt.

## 500 Jahre Zinnbergbau in Altenberg

Fünfhundert Jahre gehören Zinnbergbau und Altenberg zusammen, nachdem ein Köhler im Jahre 1436 das erste aus den Steinen herausgeschmolzene Zinn gefunden hatte. Ohne diesen Zinnbergbau würde es heute vielleicht überhaupt kein Altenberg geben. Fünfhundert Jahre sind Altenberg und sein Zinnbergbau durch Glück und Unglück, durch Krieg und Feuersnot hindurchgegangen, bis jetzt am 4. Mai 1930 der Bergbau durch eine Anordnung der Verwaltungsbehörde stillgelegt werden mußte, da die Führerung der durch den Betrieb verursachten Rostfördung und Verfärbung des Möglichen verboten wurde, obwohl sich, so weit die Wasseruntreinigung in Frage kommt, in den vergangenen Jahrhunderten bis zur Gegenwart nichts geändert hat. Aber die Wasserbedürfnisse der Papier- und Pappenindustrie haben sich durch den Übergang zu modernen Maschinen wesentlich gesteigert und die Wasserförderung der Müglitz ist ohne Zweifel zurückgegangen. Mit der Stilllegung des Bergbaus in Altenberg glaubt man sich nun — allem Anschein nach — das ermüdete Betriebswesen billig zu verschaffen. Die Verantwortung der Verwaltungsbehörde in diesem Wasserstreit ist groß. Es würden nicht nur mit der endgültigen Stilllegung des Zinnbergbaus erhebliche Werte vernichtet werden, es würden auch 60 bis 70 Bergarbeiterfamilien broilos werden müssen.

Ohne Lehrkräfte und überwiegender gegenseitige Interessen wird also die höhere Behörde kaum zu einer Stilllegung

Die Vorfälle am Ostermontag  
V. d. P.  
sunden  
ordnung &  
wegen K  
königliche  
Gesetz w  
wirkt  
Gewerbe  
zurückge  
tage —  
unterstü  
liche und  
derung u  
gegen ho  
mehrere  
41 weiße  
Hinzu tre  
der Arbeit  
weise dur  
dem aber  
gefeiert w  
trogenen  
nommen  
mäßige S  
usw. an d  
Amts  
zu sprech  
kritisierte  
U.-G. in  
stehenden  
1930, dar  
bei der T  
empfunden  
Zustüfe  
schweren  
bis zum 2  
verstärkte  
zum Teil  
das ver  
waren un  
bautman  
Maßnahm  
der aus  
betrieb i  
habe sic  
des Zin  
Streitve  
rungen  
Bergba  
eine Ti  
weit au  
wirken,  
gehört  
Anfang  
Belegd  
welt g  
Große  
Zahlru  
furchts  
Die kro  
Viel de  
Meiste  
die Mar  
aber nu  
Die U  
Uebertaf  
wären, d  
als Sieg  
geglorie  
Sport  
weiter e  
1:0 Sieg  
Lagen v  
Schieds  
und Vo  
S. B. d  
siegte er  
  
ATV.  
Tro  
reichlich  
buchten  
  
Dresd  
Zin  
Thalhei  
der Ma  
konnte  
  
Am  
durch d  
Schwier  
einen  
Sp  
Trainin  
zur Stär  
um d  
graphien  
wird d  
graphien  
dazu b  
erhalte  
Täufun  
Scherke  
einen d  
Ammer  
Stadt S  
Die Ge  
Gewinn  
stehen i